

Eichen - Aue in Gefahr !

Noch können Sie, liebe Eichenauer Nachbarn, Ihren Kindern oder den frisch zugezogenen Neubürgern erklären, woher der Name Eichenau kommt. Aber wie lange noch?

Unsere Gemeinde wurde so genannt nach der Eichen-Aue, von der am südlichen Ortsende an der Hauptstraße ein schönes Stück erhalten ist, gegenüber vom ALDI und vom Friedhof: Eine Wiese von gut 50 000 Quadratmetern Fläche mit reichem, alten Eichenbestand. Jetzt ist diese Aue in großer Gefahr, verbaut zu werden. Und in wenigen Jahren schon wird man vielleicht von der Wiese nichts mehr und von den Eichen nur noch wenig sehen.

Das wird dann das Verdienst des Herrn Vorsitzenden der Baugenossenschaft Eichenau und des Herrn Ersten Bürgermeisters sein. Beide Herren heißen Alfred Rehm - und wenn man's auch auf Anhieb gar nicht glauben kann: Es ist immer derselbe Herr Rehm. Der verhandelt sozusagen mit sich selbst und findet nichts dabei. Und viele seiner Gemeinderäte leider auch nicht!

Mit einer Randbebauung soll's losgehen. Und unser doppelter Alfred hat selbstverständlich versichert, daß jede Eiche unter seinem persönlichen Schutz steht. Wie's weitergeht, kann man sich lebhaft vorstellen:

Elf schöne Eichen
sollen niemals weichen.
Da kam der Alfred Rehm,
da waren's nur noch zehn.

Und so weiter ...

Denn man muß ja an die Zukunft denken, sagt unser Bürgermeister. Er zum Beispiel denkt schon laut über eine neue Schule nach, die im Zuge der nächsten "Randbebauung" auf die Eichenwiese kommen könnte.

Die Nachbarn der Eichen-Aue haben den Kampf gegen die baulitige Naturzerstörung schon aufgenommen. Wir sollten sie nicht allein lassen. Denn die Erhaltung dieses schönen Fleckens geht uns alle an. Wer mithelfen will, die Wiese

und die Eichen zu retten, kann
sich an Herrn Werner Blodow
(Nebelhornstraße 18, Tel.: 70565)
oder an Herrn Hans Stender
(Nebelhornstraße 20, Tel.: 8679)
wenden. Schon mit einer Unter-
schrift ist geholfen!

Die Forderung an den Gemeinde-
rat und an das Landratsamt kann
nur heißen: Hände weg von der

Eichen-Aue! Belaßt sie in ihrem
bisherigen Zustand. Wobei
es durchaus eine Überlegung
wert wäre, die dortigen
Tennisplätze zu erhalten.
Die wenigen Freizeitmög-
lichkeiten, die unser Eiche-
nau bietet, sollten ohne
große Not nicht eingeschränkt
werden!



Europa wählen



Es ist eine Wahl - anders als die anderen. Am 10. Juni 1979
werden Deutsche und Belgier, Briten, Dänen, Franzosen, Hol-
länder, Iren, Italiener und Luxemburger zum ersten Mal in
der Geschichte Europas gemeinsam zur Wahl gehen. Sie wählen
ein Europäisches Parlament.

Es ist in den letzten 3000 Jahren immer wieder versucht wor-
den, die Völker Europas zu machtvollen Weltreichen zusammen-
zuzwingen, durch Eroberung, Besetzung und Unterdrückung -
mit Schwertern, Gewehren, Bomben. Am 10. Juni 1979 versuchen
wir zum ersten Mal, ein geeintes Europa mit dem Stimmzettel
zu erreichen, kein Europa der Feldherren, ein Europa der
Bürger.

Diese Wahl wird entscheiden, wie die politischen Kräfte in
diesem Parlament und in der europäischen Politik in den näch-
sten Jahren verteilt sein werden, welche Rolle Sozialdemo-
kraten und Christdemokraten, Liberale, Konservative und Kom-
munisten in der europäischen Politik spielen werden.

Europas Bürger werden mit dieser Wahl zugleich aber auch die
Weichen für eine neue Etappe friedlicher Zusammenarbeit in
Europa stellen. Es kommt darauf an, daß das direkt gewählte
Parlament sich von der ersten Stunde an auf einen eindeuti-
gen Auftrag der Bürger stützen kann.

Nutzen Sie die Chance. Gehen Sie zur Wahl!

„Meckerscheck“-Nachlese

Haben die Eichenauer Probleme? Sind sie zufrieden mit ihrer Gemeinde? Was sollte sich ändern, wo drückt sie der Schuh? Im letzten "Hallo Nachbarn" haben wir einen "Meckerscheck" abgedruckt, der die Eichenauer aufforderte, zu sagen, was sie ärgert. An dem Echo, das uns erreichte, ließ sich erkennen, daß die Eichenauer im Großen und Ganzen zufrieden sind, mit dem, was sich bei uns tut.



Die eingegangenen "Meckerschecks" beziehen sich überwiegend auf ganz konkrete Einzelfälle, die aber möglicherweise doch sehr typisch sind: Gehsteige sind nicht ausgebaut oder schadhaft geworden, im Ortszentrum sollte eine öffentliche Toilette errichtet werden, die Verunreinigung durch unsere Vierbeiner wird angeprangert, rücksichtslose Autofahrer verpesten die Luft durch das Laufenlassen der Motoren zum Beispiel beim Zigarettentholen, und Nachbarn ohne Gefühl für ihre Mitmenschen lassen ihre Stereoanlagen zu laut erklingen.



Probleme also, die keineswegs alle durch einen Gemeinderatsbeschuß, sozusagen von oben, zu lösen sind. Wenn allerdings ein Eichenauer sich darüber beklagt, daß "seine" Straße zu einem Kinderspielplatz umfunktioniert ist, auf dem "sogar" Fußball gespielt wird, so stellt sich "Hallo Nachbarn" doch eindeutig auf Seiten der Kinder und freut sich, daß es in Eichenau noch solche Straßen gibt, auf denen das möglich ist. (Noch besser freilich wäre es, hätten wir genügend Bolzplätze in unserer Gemeinde.) Im übrigen läßt sich vielleicht in freundlichen Gesprächen mit den Eltern und den Kindern erreichen, daß gewisse Ruhezeiten eingehalten werden.



Ein ganz spezielles Problem läßt sich vielleicht mit Hilfe von "Hallo Nachbarn" lösen: Ein älteres Ehepaar sucht Partner zum Tischtennispielen und einen geheizten Raum, in dem diese Treffen stattfinden könnten. Also: Ältere Tischtennisfreunde bitte melden bei "Hallo Nachbarn"! Wenn sich genügend Interessierte finden, werden wir versuchen, das Raumproblem zu lösen!

Immer für Sie da: Ihre SPD-Gemeinderäte

G ü n t e r K l e b e r m a ß T e l . : 70536

Verkehrsreferent, Rechnungsprüfungsausschuß, Personalausschuß

H e l m u t K r a f t T e l . : 70491

Ortsverschönerungsreferent, Grundstücks-, Bau- und Planungsausschuß, Ferienausschuß

S e b a s t i a n N i e d e r m e i e r T e l . : 70411

Finanz- und Haushaltsreferent, Grundstücks-, Bau und Planungsausschuß, Finanz- und Haushaltsausschuß, Rechnungsprüfungsausschuß, Ferienausschuß, Sportstättenausschuß, Fraktionsvorsitzender

D r . I r e n e O s t e r k a m p T e l . : 7454

Schulausschuß, Personalausschuß

G a b r i e l e R i e h l T e l . : 8775

Jugendreferentin, Schulausschuß

A l f r e d T o b e r T e l . : 8739

Dritter Bürgermeister, Feuerschutzreferent, Finanz- und Haushaltsausschuß, Sportstättenausschuß



"Tandler, lassen Sie doch mal raussuchen, wie der Bismarck das vor hundert Jahren gemacht hat - geniale Idee, die SPD einfach zu verbieten!"

Verantwortlich: SPD Ortsverein Eichenau

2. Vorsitzende Eva Riehl

Pfefferminzstr. 11 a 8031 Eichenau

Wer schob das Jugendzentrum auf die lange Bank?

"Protest vor dem Rathaus - Eichenaus Jugendliche fühlen sich ver-schaukelt" - "Jugendliche protestieren gegen Verzögerungen", so lauteten Schlagzeilen, die in Eichenau vor ein paar Wochen für einiges Aufsehen sorgten: Zumindest Bürgermeister und Gemein-de-räte hätten sich aber nicht wundern dürfen, denn sie kannten die Vorgeschichte zu diesem Protest, die ein rechtes Lehrstück ist für die Umständlichkeit, mit der manchmal Gemeindepolitik gemacht wird.

Alles hatte im Oktober 1978 begonnen, als die SPD-Fraktion und die Jugendreferentin den Antrag stellten, das Thema "Jugendzen-trum" im Gemeinderat zu behandeln, Standortfragen zu klären. Eine eigene Sitzung nur zu diesem Thema fand dann am 17. November statt.

Im Dezember griffen CSU und Gruppe Unabhängig das Thema auf. Am 13.12.1978 wurde sich der Gemeinderat einig über die Planung ei-nes Jugendzentrums im neuen Sport- und Freizeitzentrum und die Notwendigkeit eines Provisoriums, eines Jugendraumes, wenn mög-lich im Keller der Schule Mitte.

Im Januar 1979 wurde man erstmals konkret: Einstimmig wurde die Errichtung dieses Provisoriums beschlossen.

Im März fragte die Jugendreferentin zum ersten Mal beunruhigt nach, was denn nun schon alles geschehen sei, und bekam im Ge-meinderat die niederschmetternde Auskunft, daß von den Beschlüs-sen bisher keiner in die Tat umgesetzt worden sei. Weder war eine Planung durch die Verwaltung erfolgt, noch hatten Gemeindear-beiter irgendwelche Vorarbeiten geleistet. (Dazu hatten sie nun - im März - auch keine Zeit mehr!) Die beschlossene Ausschreibung der einzelnen anfallenden Teilarbeiten sollte aber nun erfolgen.

Im April kam das Thema wieder auf die Tagesordnung. Nach langen Diskussionen ging es nun andersherum. Die anfallenden Arbeiten sollten nicht mehr ausgeschrieben, sondern in Regie an einzelne Handwerksbetriebe vergeben werden. - Haben Sie schon einmal versucht, eine Firma, die voll im Baugeschäft engagiert ist, für einen kleinen Umbauftrag zu bekommen?... Auch der Gemeinde Eichenau gelang es nicht, eine Firma zu überzeugen, daß das im Sommer ein lohnender Auftrag sei.

Anfang Juni erfuhr der Gemeinderat vom amtierenden 2. Bürgermeister Landthaler auf Anfrage, daß Ende Mai die in Frage kommenden Handwerker den Raum immerhin besichtigt hätten, jedoch kein Angebot eingegangen sei. Es werde nun doch nötig sein, einen Planer zu beauftragen und die Arbeiten auszuschreiben.

Schon in der nächsten Sitzung - Ende Juni - beschloß man, Planungsangebote einzuholen.

Dann war wieder Pause.

Der Juli und August vergingen. Ein Architekt wurde zwar gefunden, aber voran ging dennoch nichts, obwohl dem amtierenden Bürgermeister und Sozialdienst-Vorsitzenden Landthaler doch eigentlich daran gelegen sein mußte, dem beim Sozialdienst angestellten Sozialarbeiter angemessene Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Daß dann die demonstrierenden Jugendlichen im September offene Türen einrannten, bei einer Sitzung demonstrieren, die endlich wieder einmal etwas vorantrieb, war Zufall - oder Pech. Zu erwarten war es jedenfalls nicht. Kein Grund also den Jugendlichen Vorwürfe zu machen, höchstens der, daß sie nicht schon früher energisch geworden sind.

Vielleicht fragen Sie sich jetzt, wozu wir eine Jugendreferentin haben? Das fragt sie sich des öfteren selber, denn viel mehr als Anfragen und Anträge zu stellen gesteht der Bürgermeister seinen Referenten nicht zu.

Gabriele Riehl

UBRIGENS: Ein kleiner Blick auf die anderen, auf die "viel zu alten" Erwachsenen, wäre auch für die Jungen manchmal nicht ganz unangebracht. Die Anlage vor der Gemeinde zum Beispiel wird auch von alten Leuten zu Recht als Gemeindegrund betrachtet und genutzt. Und ein bißchen Rücksicht auf die anderen hat noch niemand geschadet.

COLA statt MILCH ?

Um das klägliche Scheitern der Schulmilch-Aktion im Schuljahr 1978/79 zu vertuschen, hat Bayerns Landwirtschaftsminister Eisenmann jetzt zu Schönfärberei und Augenauswischerei gegriffen. Die Behauptung Eisenmanns, 1,2 Millionen bayerische Schüler hätten im vergangenen Jahr täglich Schulmilch bekommen, hat der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Fritz Geisberger durch eine einfache Rechnung widerlegt. Bei einem Gesamtverbrauch von 8,4 Millionen Kilogramm Milch wären dann nämlich auf jedes Kind knapp drei Eßlöffel

gekomen! Traurige Tatsache ist aber: Über 90 Prozent der bayerischen Schüler sind bisher vom Schulmilchsegen der Europäischen Gemeinschaft und des bayerischen Staates nicht erreicht worden. Besonders schlecht sind die Kindergärten dran. Ihre Versorgung funktioniert so unzureichend, daß der bayerische Landwirtschaftsminister Eisenmann die Zahlen lieber schamhaft verschweigt. Jetzt besteht die Gefahr, daß der Freistaat im eben begonnenen Schuljahr rund 40 Millionen Mark an EG-Mitteln für die Schulmilchversorgung ungenutzt in Brüssel liegen läßt. Für SPD-Sprecher Geisberger drängt sich der Verdacht auf, daß die CSU-Regierung bei der Schulmilchaktion deshalb so zurückhaltend war und ist, weil sie die knapp neun Millionen Mark, die Bayern für die Verbilligung hätte aufbringen müssen, sparen will. Hier wird auf Kosten der Gesundheit der bayerischen Kinder gespart, findet Geisberger. Besonders beschämend sei auch, daß in Bayerns Schulen viel häufiger Limonade oder Cola angeboten werden, als Milch. - SPK

GIFT-BOMBEN

Die Giftfunde in Hamburg und bei der chemischen Fabrik Aubing haben den Umweltsprecher der SPD-Landtagsfraktion, Hans Kolo, alarmiert. Er hat der Staatsregierung vorgeschlagen, alle Bürger aufzurufen, die Behörden zu verständigen, wenn sie von unsachgemäß gelagerten Chemikalien wissen. Kolo vermutet, daß zum Beispiel in Seen, Flüssen und Bächen, aber auch in Scheunen "Gift-Bomben" schlummern.

Seit 70 Jahren ein bayerischer „Sozi“

Einer der ältesten und bekanntesten bayerischen Sozialdemokraten hat am 23. September Geburtstag gefeiert. Professor Dr. Wilhelm Hoegner wurde 92. Der SPD-Landesvorsitzende Rothemund gratulierte Hoegner in dessen Wohnung in München-Harlaching. - Hoegner ist ein Stück lebendiger Geschichte der bayerischen SPD. Er ist der Partei seit nunmehr 70 Jahren verbunden, seine ersten Kontakte zur SPD fand er über Georg von Vollmar. Während des 3. Reiches mußte Hoegner ins Ausland fliehen. Nach 1945 trug er wesentlich zum Entstehen der bayerischen Verfassung bei, sie basiert auf seinem Entwurf. Hoegner hat Bayern zweimal als Ministerpräsident, mehrfach als Minister und schließlich als Landtagsvizepräsident gedient.

STRAUß TREIBT DIE KOMMUNEN INS FINANZCHAOS!

Bürgermeister, Gemeindeglieder und Finanzreferenten machen sich ernste Sorgen um den Bestand der kommunalen Finanzausstattung: Franz Josef Strauß zieht als Wahlkämpfer durch die Lande. Was er anbietet, sind Versprechungen über Steuersenkungen. Er macht über Art und Ausmaß seiner Absichten nur vage Andeutungen. Der Wähler soll gewonnen werden, aber sich nach der Wahl, wenn das Strauß'sche Polittheater abgezogen ist, nicht auf Konkretes berufen können.

Die Lackierten werden auf jeden Fall die Städte und Gemeinden sein. Wieder einmal! Denn Strauß hat für den 1. Januar 1980 ohne Rücksicht auf die Gemeinden die Vergnügungssteuer abgeschafft. Die Gemeinden verlieren Haushaltsmittel in Millionenhöhe, Gleichzeitig versprach er den Ausgleich dieser Einnahmenverluste. Doch diese Zusage ist erwartungsgemäß nicht eingelöst worden. Nun fordert er die ersatzlose Absenkung der Gewerbesteuer und trifft damit wiederum die Gemeindekassen. Ziel ist es offenbar, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wäre dann am Ende. Zusätzlich verspricht Strauß die Senkung der Einkommens- und Lohnsteuer. Wieder sind die Kommunen betroffen.

Wie aber sollen die Gemeinden ihre Aufgaben weiter erfüllen? Die Bodenpreise sind enorm gestiegen. Die Baupreise für kommunale Bauten schnellten binnen 12 Monaten um 15 - 20 % in die Höhe. Die Folgekosten für gemeindliche Einrichtungen stiegen ebenfalls beängstigend. Gleichzeitig sollen die Gemeinden ihre Schulden verringern. Steuersenkungen sind dazu am allerwenigsten geeignet - Strauß hat seine fachpolitische Kompetenz verloren!

Sebastian Niedermeier

Herausgeber: SPD-Ortsverein, 1. Vorsitzender Günther Klebermaß,
Frühlingstraße 52, 8031 Eichenau,
Verantwortlich: Gabriele Riehl, Lavendelweg 2, 8031 Eichenau

Hallo Nachbarn



Ortsverein Eichenau

Mai 1980

Nummer 15

Wir laden ein

**Zu den Wahlen 1980 sprechen:
Dr. Hans-Jochen Vogel
Bundesjustizminister**

**Sebastian Niedermeier
Bürgermeisterkandidat**

**Freitag, 23. Mai 1980, 20.00 Uhr
in der ESV-Halle in Eichenau**



Ich möchte Ihnen heute meine Vorstellungen für die zukünftige Ortspolitik darlegen. Es ist mir hier aus Platzgründen nicht möglich, alle Ziele und Probleme zu beschreiben. Ich muß daher um Verständnis bitten, wenn ich mich auf Schwerpunkte beschränke. Selbstverständlich werde ich mich gerade als Bürgermeister weiterhin für die Erhaltung des Grüncharakters einsetzen; eine vernünftige Baudichte soll die Eigenheit des Ortes schützen. Das wird Grundlage meiner Arbeit sein.

Mit den Aufgaben der Kommunalverwaltung, ihren Problemen und Sachzwängen bin ich ja auch beruflich täglich befaßt und bestens vertraut. Als Verwaltungsamtmann und Ausbildungsleiter kenne ich die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen durch die Anwendung betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse und moderner Arbeitstechniken, jedoch auch deren Grenzen. Dennoch meine ich, daß die Effektivität der öffentlichen Verwaltung noch weiter gesteigert werden kann und muß; dies gilt auch für Eichenau.

Bürgerfreundliche Verwaltung

ein Schlagwort – in Wahlkämpfen oft gebraucht, häufig mißbraucht. Auch Eichenauer Bürger und Vereinsvorsitzende wurden gelegentlich von der Verwaltung im Stich gelassen, zuweilen vor den Kopf gestoßen, wenig unterstützt. Ich bin sicher, daß das nicht sein muß.

Gespräch mit dem Bürger

Der Kontakt zum Bürger, das Gespräch mit ihm auf der Straße, im Geschäft, in den Vereinen, ist für mich das Wichtigste. Ich will kein »Prominenter« sein und werden, sondern einer wie alle anderen. Wer zu mir kommt, soll mit dem Gefühl gehen, daß ich helfen will, so gut ich kann.

Information der Bürger

- Rechtzeitige Besprechungen mit Betroffenen bei Bau- und Planungsmaßnahmen
- Umfassende Information durch jährlich 2 Bürgerversammlungen
- Regelmäßige Gespräche mit den Vereinsvorsitzenden, dem Gewerbeverband und den Vertretern der Kirchen
- Ständige Arbeitskreise mit den älteren Bürgern, den Jugendlichen und den Behinderten
- Beratung der Bürger in besonderen Angelegenheiten, wie Bausachen, Sozialhilfe, Familie, Eheberatung, Schwangerschaftsberatung, durch Fachleute und in speziellen Sprechstunden am Ort.

Der Brief an den Bürger

sollte nicht länger der typische Behördenbrief sein, hoheitlich und schwer verständlich, sondern freundlich und unbürokratisch im Stil, sachlich und die nötige Hilfestellung gebend.

Dienst für den Bürger

Verständnis, Hilfsbereitschaft, Zuvorkommenheit und Höflichkeit darf der Bürger von der Verwaltung als Selbstverständlichkeit erwarten. Jeder Mitarbeiter der Gemeinde hat für eine vertrauensvolle und sachliche Atmosphäre im Umgang mit dem Bürger zu sorgen. Ich werde die Mitarbeiter bitten, von Schulungsangeboten eifrig Gebrauch zu machen.

Kind und Familie

Das Kind und die Familie sind »neu entdeckt« worden. Ganz einfach deshalb, weil die Familie heute in ihrer Substanz gefährdet ist. Dagegen gilt es Politik zu machen:

- Die bestehenden Spielplätze müssen besser ausgestattet und verschönert werden.
- Der Bedarf an Spiel- und Bolzplätzen ist nicht gedeckt. Besonders in der Bürgermeister-Kraus-Straße muß etwas getan werden.
- Wir brauchen Spielstraßen und Spielwege – das sind verkehrsberuhigte, für die Kinder zurückgewonnene Straßen und Straßenteile.
- Spielpark nördlich der Kapellenstraße
er bietet sich eine große Rasenfläche für freie Bewegungsspiele aller Altersgruppen an.
- Eichen-Aue als Erholungspark
Wenn die Eichen-Aue bebaut wird, geht ein wertvolles Stück natürlicher Originalität verloren. Zumindest das Restgrundstück müßte langfristig als Erholungs- und Freizeitpark gestaltet werden, wenn die Fläche nicht ganz zu retten ist, was mein Ziel ist.
- Ausbau des Freibades
Der Ausbau des Freibades muß nun endlich realisiert werden.

Wohnungsprobleme

Junge Familien brauchen ausreichenden Wohnraum. Das Bauen der Kinder auf dem elterlichen Grundstück werde ich daher besonders fördern, selbst wenn die Baudichte etwas steigt. Das eigene Haus, ein Traum! Kann die Gemeinde helfen? Ja, sie kann Grund und Boden erwerben, erschließen und nach sozialen Kriterien vergeben. Es gibt dafür viele Modellversuche (Weilheim, Traunstein, Olching, Geretsried). Jede Gemeinde hat die Verpflichtung, den sozialen Wohnungs- und Hausbau zu fördern. In Eichenau sollte auch der Freistaat Bayern mit seiner Grundstücksfläche behilflich sein.

Seniorenbegegnungsstätte

Die älteren Bürger unserer Gemeinde brauchen besondere Unterstützung. Sie sollen soweit und solange dies möglich ist, in der gewohnten Umgebung bleiben können. Hauspflegehilfe (Essen auf Rädern, Wäsche-Abholdienst, Raumpflege, Einkaufsdienst) ist sicherzustellen. Die freien Träger sind zu unterstützen.

Dafür möchte ich mich verwenden:

- Rat und Hilfe in allen Lebenslagen
- ambulante Krankenpflege
- Pflege in Krankheitsfällen
- Freier Altentreff und ungebundene, nicht organisierte Begegnungsmöglichkeit
- Seniorensport

Die Gemeinde allein kann dies nicht leisten, aber freie Träger und die katholische Kirche sind bereits initiativ und stehen weiteren Anregungen aufgeschlossen gegenüber. Ich werde ihre Bemühungen stets unterstützen.

Vereinsprobleme

Die Bedeutung der Vereine in der kommunalen Gemeinschaft verdient unsere besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung.

- Die Raumprobleme müssen beseitigt werden.
Akkordeonclub, Musikschule und Musikverein können nicht ewig unter den jetzigen Bedingungen üben; hier muß geholfen werden.
 - Neue Rasenspielflächen sind zügig und bedarfsgerecht zu erstellen.
 - Tennis ist eine aufstrebende Sportart für alle Altersgruppen. Jeder sollte zu angemessenen Preisen und Bedingungen spielen können. Neue Tennisplätze müssen daher angelegt werden.
- Die Errichtung des Sport- und Freizeitzentrums darf nicht mehr verzögert werden. Seine Planung, Finanzierung und Realisierung haben erste Priorität.
-

Gewerbe

Ich möchte das Gewerbe im Rahmen des Möglichen unterstützen. Die Verbesserung der Versorgung der Eichenauer, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen sind wichtige Ziele.

- Der Gewerbeabwanderung muß Einhalt geboten werden.
Das örtliche Gewerbe werde ich daher durch die Aktivierung von Gewerbeflächen und die Ausschöpfung des Baurechts fördern.
- Die Vergabep Praxis muß überdacht und das örtliche Gewerbe mehr berücksichtigt werden.

Angesichts der bevorstehenden Investitionsmaßnahmen (Schulbau, Sport- und Freizeitzentrum, Hochwasserbeseitigung) ist eine Senkung der Gewerbesteuer nicht vertretbar.

Verkehr und Verkehrsberuhigung

Je mehr Verkehrsfläche, desto mehr Verkehrslärm und Umweltverschmutzung, je breiter und gradliniger die Straße, desto schneller und gefährlicher ist der Verkehr.

- Ich werde mich unermüdlich bei den übergeordneten Behörden für die Entlastung der Eichenau vom Durchgangsverkehr einsetzen.
 - Die Belastung der Anlieger ist teilweise unerträglich.
 - Die Roggensteiner Allee West ist eine Rennstrecke. Sie muß entschärft werden; mehrere Möglichkeiten bieten sich an.
 - Die Verkehrsberuhigung einzelner Straßen darf allerdings für andere nicht zusätzliche Belastung bringen.
-

Große Projekte

Die Gemeinde Eichenau steht vor der Realisierung großer Projekte. Schulbau, Sport- und Freizeitzentrum und der Hochwasserschutz im Westen der Gemeinde werden Millionen verschlingen. Die Unterstützung der überörtlichen Behörden, der Landtags- und Bundestagsabgeordneten ist nötig.

Eine gedeihliche Zusammenarbeit mit allen und von allen wird zum Nutzen unserer Gemeinde sein.

Ich darf Sie deshalb zu meinen Veranstaltungen herzlich einladen. Oder rufen Sie mich einfach an (70411 täglich ab 18.00 Uhr)! Und prüfen Sie bitte, ob Sie mir am 29. Juni Ihre Stimme geben können.



Ihr Sebastian Niedermeier

Hallo Nachbarn



Ortsverein Eichenau

Oktober 1980

Nummer 18

Liebe Eichenauer Bürgerinnen und Bürger,

am 5. Oktober wählen wir die Abgeordneten des 9. Deutschen Bundestages. Ich bewerbe mich für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands um ein Mandat im Wahlkreis Fürstfeldbruck.

Gestatten Sie, daß ich mich Ihnen kurz vorstelle: Ich bin 36 Jahre alt, arbeite im Goethe-Institut München und bin Mitglied der Arbeiterwohlfahrt, der Volkshochschule und des Brucker Schwimmvereins. Politisch aktiv in der SPD bin ich seit 1970.

Im Deutschen Bundestag möchte ich die Interessen der Bürger des Wahlkreises vertreten:

- Abbau der Arbeitslosigkeit im Landkreis, vor allem bei den Frauen
- Verbesserung der Verkehrssituation durch Ausbau der S-Bahnlinie von Maisach nach Nannhofen
- Bewahrung wichtiger Natur- und Erholungsgebiete vor industrieller und verkehrstechnischer Zerstörung.

Um das ständige Gespräch mit dem Bürger führen zu können und nicht nur vor Wahlen um seine Stimme zu bitten, möchte ich im Wahlkreis ein Bürgerbüro eröffnen und regelmäßig Sprechstunden abhalten.

Die Sozialdemokratische Partei hat in den Mittelpunkt ihrer Wahlaussage die Sicherung des Friedens gestellt. Zehn Jahre sozial-liberale Koalition in Bonn, zehn Jahre Entspannungspolitik haben den Frieden in Europa sicherer gemacht. Zur Friedenssicherung in den 80er Jahren gehört vor allem der Dialog mit den Ländern der Dritten Welt, für den ich mich besonders einsetzen möchte. Ich halte einen Abbau der gigantischen Rü-

stungsmilliarden und eine Steigerung unserer Entwicklungshilfe zur Bekämpfung des Elends für dringend notwendig.

Unser Land ist mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Weltsituation während der letzten Jahre besser fertig geworden als die meisten unserer Nachbarn. Unsere Mark ist mit dem Schweizer Franken die stabilste Währung der Welt, unsere Löhne gehören zu den besten der Welt, unsere Staatsverschuldung ist vernünftig. Bund und Länder müssen aber darauf achten, in den kommenden Jahren die Neuverschuldung einzuschränken. Dafür sind Einsparungen im Haushalt nötig, und manche unnötige und sozial unverträgliche Subvention muß im Interesse des Steuerzahlers gestrichen werden. Dafür möchte ich mich einsetzen.

Das Gespräch mit den jungen Bürgern muß wieder aufgenommen werden. Ich beobachte mit Sorge, wie sich Jugendliche vom demokratischen Staat abwenden. Die Demokratie aber braucht das kritische Engagement der Jungen. Darum möchte ich mich bemühen.

Ich möchte vor allem ein ehrlicher Abgeordneter sein. Darunter verstehe ich, daß ich jährlich Einkünfte und Ausgaben offenlege.

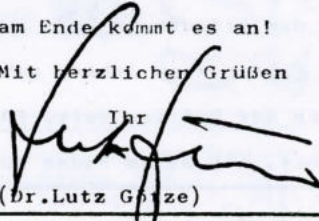
Ich meine, liebe Eichenauer Bürgerinnen und Bürger, daß unser Land mit Bundeskanzler Helmut Schmidt in den letzten Jahren gut gefahren ist. Deshalb möchte ich Sie herzlich bitten, der SPD am 5. Oktober die Zweitstimme zu geben. Die Zweitstimme ist die wichtigere Stimme bei der Bundestagswahl: Mit ihr wählen Sie Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Die Erststimme erbitte ich für mich, Ihren Wahlkreiskandidaten.

Sie wissen ja: Auf das "e" am Ende kommt es an!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr


(Dr. Lutz Götze)

Mit Hans-Jochen Vogel für Helmut Schmidt

Alle vier Jahre wieder, gleich nach der Bundestagswahl, gerät die Zweitstimme wieder in Vergessenheit - und wird dann, knapp vier Jahre später, von den Parteien wieder mühsam ins Bewußtsein der Wähler gerufen. Denn nur sie, die Zweitstimme, entscheidet darüber, wie stark die Fraktionen im neuen Bundestag werden. Und somit auch darüber, wer mit welcher Mehrheit Kanzler wird.

So hat die SPD völlig recht mit ihrem Slogan: "Bundeskanzler Helmut Schmidt wählen Sie mit Ihrer Zweitstimme."

Die Zweitstimme geben Sie nicht für Ihren Direktkandidaten aus Ihrem Wahlkreis, sondern für die jeweilige Landesliste der Partei Ihrer Wahl. Und da dürfen Sie sich nicht irre machen lassen: Denn nur in Hamburg steht da an erster Stelle auch tatsächlich der Name Helmut Schmidt.

Hier bei uns in Bayern ist das anders - da wird die Landesliste der SPD angeführt von Bundesjustizminister Dr. Hans-Jochen Vogel. Wenn Sie diese Liste mit diesem Namen ankreuzen, dann stimmen Sie für Helmut Schmidt.

Wußten Sie schon, daß

- für besseren Umweltschutz 50 000 wilde Müllkippen verschwunden sind?

Wußten Sie schon, daß

- die Renten von 1969 bis 1980 insgesamt um 143 % gestiegen sind?

Wußten Sie schon, daß

- der Staat hilft, Energie zu sparen - z.B. bekommen Sie Zuschüsse oder Steuervergünstigungen, wenn Sie Ihre Wohnung oder Ihr Haus besser isolieren.

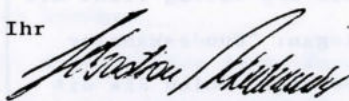
Liebe Eichenauerinnen und Eichenauer,

am 5. Oktober sind Sie aufgerufen, einen neuen Bundestag zu wählen. Es gilt, die Geschicke unseres Landes in die Hände von Politikern zu legen, die angesichts einer unsicher gewordenen weltpolitischen Situation mit Sachverstand, Weitblick und Überlegenheit zum Wohle der Bundesrepublik Deutschland handeln.

Der derzeitige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat durch seine Persönlichkeit, seine Initiativkraft und Ausgeglichenheit in den vergangenen vier Jahren gezeigt, daß er diese Voraussetzungen erfüllt. Ihm können wir unser uneingeschränktes Vertrauen schenken; dies gilt auch für die Sozialdemokratische Partei und den Bundestagskandidaten der SPD Dr. Lutz Götze.

Bitte gehen Sie zur Wahl und entscheiden Sie sich für die SPD, damit Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt!

Ihr



(Sebastian Niedermeier
1. Bürgermeister)

**Sie können etwas für Ihr Land tun.
Gehen Sie wählen.
Am 5. Oktober 80: SPD **

Herausgeber: SPD-Ortsverein, 1. Vorsitzender Günther Klebermaß, Frühlingsstraße 52, 8031 Eichenau, Tel. 70 536
Verantwortlich: Gabriele Riehl, Lavendelweg 2, 8031 Eichenau

EIN KLARES JA UND NEIN

"Es ist ein klares Sowohl-als-auch, ein klares Ja und Nein". so formulierte Willy Brandt - auch ein wenig selbstironisch - die Aussage der SPD zur Kernenergie am Morgen des 12. Februar nach der langen Nachtsitzung des Bundesvorstands in Bonn. Und das ist eigentlich auch das Fazit aus der öffentlichen SPD-Mitgliederversammlung in Eichenau vom 11. Februar, bei der MdL Xaver Wolf, der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion zu Fragen der Energiepolitik, über die Zielvorstellungen der SPD sprach. In einer regen Diskussion wurden alle Probleme angeschnitten, die nicht nur Sozialdemokraten zu diesem Thema bewegen.

Der Standort der SPD ist im Prinzip klar:

- o Verstärkte Energiesparmaßnahmen
- o Vorrang der Kohle
- o Förderung alternativer Energien
- o Einsatz der Kernkraft nur dort, wo der Strombedarf auf andere Weise nicht zu decken ist.

Nur läßt diese Grundsatzentscheidung viele Fragen offen, viele Antworten zu. Kein Wunder, die einfachen Antworten sind eben oft genug allzu simpel.

Unumstritten ist der Erfolg von Energiesparmaßnahmen. Wenn man weiß, daß 40 % des Energiebedarfs in die Raumheizung gehen, so scheinen auf diesem Gebiet weitere Einsparungen durchaus möglich. Das Ausweichen auf andere Energiequellen als Erdöl und die Ausstattung von herkömmlichen Ölheizungen mit

verbrauchssenkenden Zusatzeinrichtungen wird steuerlich gefördert. Diese staatlichen Maßnahmen haben auch schon gegriffen: 11 % weniger Erdölverbrauch im Jahr 1980 gegenüber dem Vorjahr.

Allein mit der Einsparung von Erdöl ist es aber nicht getan, denn weniger Öl heißt in der Praxis meistens mehr Strom. Und der muß erst erzeugt werden. Dies erfordert größere Kraftwerkskapazitäten und neue Kraftwerke. Hier hat die SPD die klare Aussage getroffen, daß Kohlekraftwerke den Vorrang haben sollen, auch wenn z.B. die bayerischen Kohlevorkommen 1982 erschöpft sein werden und der Kohlestrom dann 3-4 Pfennige teurer sein wird als Atomstrom, weil die Kohle importiert werden muß.

Die Haltung der CSU zu dieser Frage ist übrigens offiziell auch eindeutig: Ja zur Kernenergie. Aber die Kommunalpolitiker der CSU kämpfen aktiv gegen Kernkraftwerke, wenn der eigene Ort betroffen ist.

Wir stehen heute vor der Frage, ob wir unseren Lebensstandard erhalten wollen, ob wir unsere Volkswirtschaft in Gang halten können. Beides ist wohl ganz ohne Kernenergie nicht mehr möglich. Und die Frage, ob es uns unsere Enkel eher danken, wenn sie nicht im Dunkeln sitzen müssen oder wenn wir die Umweltgefahren so gering wie irgend möglich halten, konnte auch an diesem Abend nicht endgültig geklärt werden.

Gabi Riehl

Schon gewußt?... Schon gewußt?... Schon gewußt

Wenn in Ihrer Nachbarschaft die Straßenbeleuchtung ausgefallen ist, bitte melden Sie es bei der Gemeindeverwaltung, Tel. 71 001, und geben Sie die Nummer des ausgefallenen Mastes mit an. So kann der Schaden schneller behoben werden.

Was tut sich im Kreistag ?

Vom Sparen verstehen Hausfrauen am meisten. Dieser Meinung war wohl der Kreistag, als er zum ersten Mal eine Frau in den Kreisausschuß wählte. (Damit ist Eichenau endlich in diesem wichtigsten Ausschuß vertreten.) Man(n) tut sich allerdings noch recht hart, die Weiblichkeit zu akzeptieren - und wenn es nur darum geht, die "sehr geehrten Herren" um die "Dame" zu erweitern.

Aber zurück zum Sparen: Quer durch die Fraktionen ist man sich einig, daß gespart werden muß. Die Rücklagen sind nahezu aufgezehrt, eine zu hohe Neuverschuldung wird von den Aufsichtsbehörden nicht genehmigt und für eine Erhöhung der Kreisumlage will auch niemand stimmen.

Wo also ansetzen? Die laufenden Baumaßnahmen müssen fertiggestellt werden, wie der Umbau der Real- und Berufsschule Fürstenfeldbruck.

Über die Schwerpunkte der Neuinvestitionen 1981 gehen die Meinungen auseinander. Die CSU-Fraktion beharrt trotz Energiekrise auf dem Plan eines beheizten Freibades in Mammendorf. In der SPD-Fraktion stehen das Behindertenzentrum Fürstenfeldbruck, das Gymnasium Gröbenzell und die Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Puchheim an erster Stelle. Besonders traurig schaut es bei den sogenannten "freiwilligen Leistungen" aus. Die Musikschulen, die Erwachsenenbildner oder der Kreisjugendring sollen trotz Leistungssteigerung nicht mehr bekommen als 1980. Das hält allerdings die CSU-Fraktion nicht davon ab, für ihre zwar gute aber völlig unausgereifte Idee eines politischen Bildungswerks 100 000 Mark zu fordern.

Vielleicht könnte man da einmal mit dem Sparen anfangen?

Eva Riehl

Sind Mädchen schmutziger?

Bayerns Schülern wird mehr Sauberkeit verordnet. Die SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Monika Hornig-Sutter hat erfahren, daß im letzten Jahr der Lehrplan der Grundschulen für die 3. Klasse so abgeändert wurde, daß im Fach Handarbeiten auch Unterweisungen und praktische Übungen in der Körperpflege aufgenommen worden sind. Nagelpflege, Schuhpflege und die Lösung der Frage, wie räume ich meinen Schrank auf, gehören zum Unterrichtsprogramm.

Nun kann kein Mensch etwas dagegen haben, wenn die bayerischen Schüler gepflegt von Kopf bis Fuß in ihren Unterrichtsbänken sitzen. Aber es muß doch die Frage gestattet sein, was die Staatsregierung dazu veranlaßt hat, die Sauberkeitserziehung jetzt per Lerninhalt staatlich zu verordnen und dann noch ausgerechnet im Fach Handarbeiten.

Sind etwa Bayerns Mädchen hygienebedürftiger als Bayerns Buben? Wo lernt der Schüler, der am Fach Werken und nicht am Fach Handarbeiten teilnimmt, die richtige Art von Sauberkeit? Frau Hornig-Sutter möchte in ihrer Schriftlichen Anfrage außerdem wissen, ob der Bayerischen Staatsregierung schwerwiegende Anhaltspunkte über den Niedergang der hygienischen Zustände in bayerischen Familien vorliegen, die eine verordnete Sauberkeitserziehung an den Grundschulen rechtfertigen. **SPK**



WIR LADEN EIN:

Nach einer längeren Pause - wir haben auch ein schlechtes Gewissen, weil wir einmal versprochen haben, das regelmäßig zu machen - bitten wir alle Interessierten zu unserem

Frauentreff

am Samstag, den 21. März 1981 um 15 Uhr im Café Bach an der Hauptstraße (vorm. Reimann). Bitte vormerken!

Hallo Nachbarn

SPD

Ortsverein Eidenau

Januar 1982

Nummer 20

UNSERE ARBEIT

UNSERE ZIELE

IHRE MEINUNG

KOMMUNALPOLITISCHER FRÜHSCHOPPEN

Es diskutieren mit Ihnen:

SEBASTIAN NIEDERMEIER (1. Bürgermeister)

GABI RIEHL (Fraktionssprecherin)

GÜNTHER KLEBERMASS (Ortsvereinsvorsitzender)

ORT: Gasthof zur Post, Roggensteiner Allee 49

ZEIT: Sonntag, 24. Januar 1982, 10.00 Uhr

WIR LADEN HERZLICH EIN.

SCHULANBAU AN DER PARKSTRASSE FERTIG

Der mit einem Kostenaufwand von rund DM 4,5 Millionen erstellte Schulhausneubau konnte in den Weihnachtsferien bezogen werden. Die Baumaßnahme wird mit der Errichtung der Außenanlagen im Frühsommer abgeschlossen werden.

Für Eichenau gilt damit folgende Schulorganisation:

In der Schulstraße befindet sich eine Grundschule für den nördlichen Bereich, in der Parkstraße eine für den südlichen Bereich. Für den ganzen Ort besteht eine Teilhauptschule mit den Klassen 5 und 6 in der Schulstraße, eine Teilhauptschule mit den Klassen 7 bis 9 in der Parkstraße.

Bereits bei der Errichtung der Schule Süd (Parkstraße) vor rund 10 Jahren hatte man eine mögliche Erweiterung eingeplant. Trotz allgemein sinkender Geburtenzahlen gab es für Eichenau sehr bald wieder Bedarf für weiteren Schulraum, da sehr viele junge Familien mit Kindern zuzogen und damit der Schülerzuwachs in Eichenau über der Geburtenrate lag.

Nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat - angestoßen vor mehr als 5 Jahren durch die SPD Fraktion - stellte die Gemeinde am 11.10.1977 den Antrag für den Erweiterungsbau. Nach langwierigen Verhandlungen mit den staatlichen Behörden wegen Genehmigung und Bezuschussung wurde endlich am 19.8.1980 die Baugenehmigung erteilt. Kurze Zeit darauf wurde mit dem Bau begonnen.

Die Erweiterung umfaßt 6 Klassenzimmer, einen Naturlehrerraum ein Sprachlabor, einen Zeichensaal, eine Schulküche, einen Musiksaal sowie einige Nebenräume.

Eichenau ist nun wieder ausreichend mit Schulraum versorgt.

(Günther Klebermaß)

FINANZSORGEN

Als besonderes "Weihnachtsgeschenk" mußte die Gemeinde am 23. Dezember erfahren, daß die vom Freistaat Bayern gewährte Schlüsselzuweisung für 1982 um 19 % geringer ausfallen wird als im Vorjahr und für Eichenau nur mehr 1 036 340 DM betragen soll. Dies war für Bürgermeister Niedermeier der Anlaß, einen Brief an Finanzminister Streibl zu schreiben, in dem er auf die Misere der gemeindlichen Finanzen aufmerksam machte. Im wesentlichen kam dabei folgendes zum Ausdruck.

Die Ausgaben der Gemeinde für Zins und Tilgung aufgrund höherer Verschuldung sowie Mehrausgaben im Schulbereich führen zu höheren Belastungen.

Die Zuschußsituation des Freistaates hat sich drastisch verschlechtert. Die Zuschüsse sind relativ gesunken, weil die hohen Baukostensteigerungen nicht angemessen berücksichtigt wurden. Im Bereich Freizeit und Erholung werden Zuschüsse erst für 1992/93 zugesagt.

Durch Rechtsunsicherheit im Bereich der Nachfolgelasten sind der Gemeinde erhebliche Einnahmen verlorengegangen.

Die Grundlagenzahl für die Berechnung der Kreisumlage steigt um 22,8 %. Zusammen mit der Verringerung der Schlüsselzuweisung bedeutet dies das Ende der gemeindlichen Investitionskraft, weil bei unverändertem Kreisumlagenhebesatz 750 000 DM in der Gemeindekasse fehlen.

Während aufgrund offenbar gestiegener Steuerkraftzahlen die Schlüsselzuweisung zurückgeht, sinken tatsächlich die Steuereinnahmen.

Bei der derzeitigen konjunkturellen Situation verbietet es sich für die Gemeinden, die Abgabenlast zu erhöhen.

Zusätzliche Kreditaufnahme als Beitrag zur Beschäftigungspolitik ist nicht möglich.

Bürgermeister Niedermeier fragte den Finanzminister, warum die Schlüsselzuweisung so drastisch zurückgegangen sei, ob dies in den kommenden Jahren auch so sei und ob man mit Ersatzleistungen rechnen könne. Er bat darum, daß der Freistaat die Gemeinden nicht noch mehr durch Gesetze belaste und daß das Bezuschussungssystem mit seinen investitionsunfreundlichen Vorschriften überdacht werde.

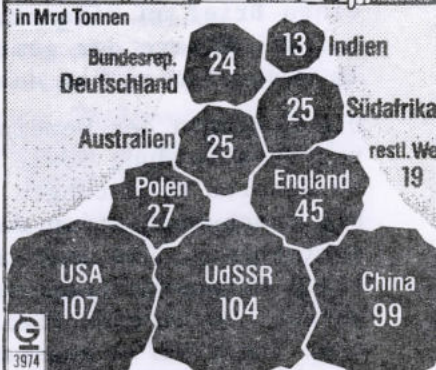
INTEGRIERTE

GESAMTSCHULE

Fünf gute Gründe

Die SPD fordert, daß die Eltern in Bayern die integrierte Gesamtschule für ihre Kinder wählen können. Sie führt dazu fünf gute Gründe an:

1. Die integrierte Gesamtschule bringt bei gleichguten Leistungen mehr Kinder zu höher bewerteten Schulabschlüssen.
2. Die integrierte Gesamtschule erspart den Kindern seelische Belastungen und Schäden, weil sie die verfrühte Festlegung der Schullaufbahn vermeidet.
3. Die integrierte Gesamtschule bringt den Kindern mehr individuelle Förderung, weil sie von Unterrichtsfach zu Unterrichtsfach differenzierend auf die Fähigkeiten und Schwächen einzugehen vermag.
4. Die integrierte Gesamtschule erzieht und bildet, weil sie nicht nur prüfbares Wissen paukt, sondern auch geistige und schöpferische Neigung zu fördern vermag.
5. Die integrierte Gesamtschule führt zu mehr Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, weil sie die Kinder nicht dem Vorgang des Aussortiertwerdens unterwirft und sie dadurch lehrt, mit den Schwächeren und den Stärkeren in sittlicher Verantwortung zusammenzuleben und zusammenzuwirken.



Kohle hat Zukunft. Denn die knappen Öl- und Gasvorräte der Welt werden in einigen Jahrzehnten erschöpft sein. Steinkohle dagegen ist noch in riesigen Mengen vorhanden. Die wirtschaftlich abbaubaren Reserven der Welt werden auf fast 500 Milliarden Tonnen beziffert. Zu den größten Steinkohleländern gehört auch die Bundesrepublik Deutschland (unser Schaubild). Ihre Vorräte, die sich vor allem im Ruhrgebiet befinden, haben einen Umfang von 24 Milliarden Tonnen und reichen noch für viele Generationen aus. Sorgsamer Umgang mit diesem Energieschatz ist dennoch nötig. In der Steinkohle steckt viel mehr als nur Wärme. Sie kann durch entsprechende Verfahren beispielsweise in Treibstoffe umgewandelt werden.

Verantwortlich: SPD-Ortsverein Eichenau

1. Vorsitzender Günther Kleberma
Fuchsbergstr. 11 Tel. 7 05 36

Hallo Nachbarn

SPD

Ortsverein Eichendorf

März 1982

Nummer 21

Berichtigung Seite 3: Sprechstunde 1.4. statt 4.3.

POLT-BIERMÖSL Abend: Voller Erfolg - aber früh ausverkauft. Wir werden uns bemühen, bald wieder einen ähnlichen Abend zu veranstalten.

Brauchen wir ein Beschäftigungsprogramm?

Von SPD-Landtagskandidat Alfred Münch

Diese Frage wird seit Monaten heftig und kontrovers diskutiert. Alle sind sich dabei aber einig, daß Arbeitslosigkeit nichts erhaltenswertes ist und daß dagegen etwas getan werden muß.

Die Unternehmer und ihre politischen Vertreter im konservativen und liberalen Lager plädieren für Mäßigungen in der Lohnrunde. SPD und Gewerkschaften, sowie viele Wirtschaftswissenschaftler fordern über die bisherige vorsichtige Einkommenspolitik hinaus ein Beschäftigungsprogramm, sowie zur Unterstützung einer Konjunkturverbesserung eine Senkung der extrem hohen Zinsen.

Dieser hohe Zins, der vor allem durch die amerikanische Hochzinspolitik, aber auch durch eine zinstreibende Geldverknappung durch die Bundesbank hervorgerufen wurde, droht z.B. die ganze Baubranche an den Rand der Existenz zu bringen. Wer kann bei 12 % Fremdkapitalzins, Bau- und Bodenpreissteigerungen von 15-20 % noch bauen?

Trotz unserer internationalen Abhängigkeiten gilt es also, eine Politik zu machen, die eine Zinssenkung unterstützt.

Fortsetzung Seite 4

Wohnungsbau - Modell Eichenau

Am 22 Januar nahm nach kurzer Diskussion der Gemeinderat den Antrag der SPD zur Verbesserung der Wohnraumsituation in Eichenau einstimmig und ohne Änderung an.

Danach hat der Bürgermeister nun zu prüfen, wie die Gemeinde billiges Bauland für bauwillige Einheimische beschaffen kann, nach welchen sozialen Gesichtspunkten die Vergabe erfolgen soll und wie Gewinnspekulationen der Begünstigten beim Weiterverkauf verhindert werden können.

Die Eichenauer SPD hat mit ihrem 10-Punkte Antrag zum Wohnungsbau eines der drängendsten Probleme in unserem Land aufgegriffen. Wohnungen und Häuser auf dem "freien Markt" sind gerade in den Ballungsgebieten der Großstädte unerschwinglich teuer geworden. Die Entwicklung, die gebremst werden muß, hat eine große, neue Gruppe "Heimatvertriebener" hervorgebracht. Es sind oft die Kinder alteingesessener Familien, die sich in der Gemeinde, in der sie ihre Jugend verlebten, die Mieten oder Eigenheimpreise nicht mehr leisten können, weil sie nur Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sind. Es sind weiter die, die aus ihren Wohnungen ausziehen müssen und die am Ort keinen erschwinglichen Ersatz finden. Vor allem Familien mit mehreren Kindern zählen zu den Betroffenen. In der Begründung zum SPD-Antrag heißt es daher, daß eine unerwünschte Umstrukturierung der Wohnbevölkerung stattfindet. Hier soll Einhalt geboten werden.

Sebastian Niedermeier, SPD, Bürgermeister von Eichenau kommentiert den Vorstoß seiner Fraktion so: "Es war von Anfang an eines meiner großen Anliegen, hier zu helfen. Ich fühle mich durch den Antrag der SPD bestätigt, gestützt und gefordert."

Bis Sommer 1982 wird der Bürgermeister Antworten auf die Fragen des SPD-Antrags geben. Der erste Schritt in die richtige Richtung ist getan. Wir wissen auch, daß das Gesamtproblem "Wohnungsnot" nicht in der Eichenau alleine gelöst werden kann. Eine Neuordnung des Bodenrechts, was nur der Bundesgesetzgeber kann, bleibt eine der wichtigsten Forderungen der SPD.

In der gegebenen Lage nichts zu unternehmen - ein Vorwurf, den sich viele Gemeinden gefallen lassen müssen - ist unverantwortlich. In der gegebenen Lage den Mieterschutz abschaffen zu wollen - wie das CSU und FDP vorschlagen - hilft wenigen und schadet vielen.

Das Gebot der Stunde lautet für die Gemeinden: Verantwortungsvolle Baulandausweisung und Ausschöpfung aller gesetzlich verankerten Planungs- und Gestaltungsrechte. Ziel muß es sein, eine von der Allgemeinheit finanzierte Bodenwertsteigerung auch allen zugute kommen zu lassen. Zufrieden haben wir Eichenauer Sozialdemokraten vermerkt, daß die Gemeinderäte aller Fraktionen hier an einem Strang ziehen.

Dr. Herbert Kränzlein

Salz auf die Straßen, oder?

Was halten Sie davon?

Welche Aktualität das Thema in diesem Winter bekommen würde, konnte die SPD-Gemeinderätin Marion Flad nicht ahnen, als sie im September 1981 den Antrag im Gemeinderat stellte, die Satzung der Gemeinde Eichenau dahingehend zu ändern, daß neben den bereits verbotenen ätzenden Stoffen auch kein Streusalz mehr zur Reinigung der Gemeindestraßen und Gehwege verwendet werden darf. Veranlaßt wurde sie dazu durch einen Bericht des Umweltbundesamtes, wonach bei uns jährlich 20 000 Bäume durch Streusalz vernichtet werden und an Brücken und Kraftfahrzeugen Schäden in Milliardenhöhe entstehen.

Eine ausgiebige Diskussion im Gemeinderat führte schließlich dazu, daß der Antrag auf Satzungsänderung zurückgezogen wurde und sich die Antragstellerin damit begnügte, daß die Bürger im Mitteilungsblatt zur sparsamen Verwendung des Salzes aufgefordert werden sollten. Die Gemeinde hatte sich Zurückhaltung schon selbst bereits im Vorjahr auferlegt.

Im Laufe der Diskussion war man zu der Überzeugung gekommen, daß es Situationen gibt, in denen man nicht auf das Salz verzichten kann - man denke nur an einen Eisregen -, daß dann dem betroffenen Grundstücksbesitzer die heilen Knochen der Passanten wichtiger sind als Umweltschutz und geschonte Hundepfoten. Nun hat uns zudem der heurige Winter schon ein wenig das Gruseln gelehrt. Ob als Fußgänger oder als Autofahrer, eine Tour durch Eichenau hatte manchmal fast den Charakter einer Expedition. Und wer den sparsamen Einsatz von Streusalz begrüßte, vermißte wohl gleichermaßen den statt dessen reichlicheren Split. Und als es anfang, abwechselnd zu tauen und zu frieren, wären Schlittschuhe stellenweise das absolut beste Fortbewegungsmittel gewesen.

Aber soll man deshalb wieder zurück zum so schädlichen Salz? Was meinen Sie dazu? Rufen Sie uns an oder besuchen Sie uns in unserer Sprechstunde im Informationsraum der Gemeinde. Am 4. März treffen Sie dort von 17 - 18 Uhr den richtigen Mann an, den Verkehrsreferenten, SPD-Gemeinderat Günther Klebermaß.

Gabi Riehl

Können wir nun im eigenen Lande etwas tun, müssen wir überhaupt etwas tun? Ich meine ja, wenn es nicht zu einer neuen Form von Klassenkampf zwischen Kapitaleignern, Inhabern von Arbeitsplätzen und Arbeitslosen kommen soll. Das könnte sonst unsere demokratische Gesellschaftsordnung gefährden.

Warum sollen wir etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun?

1. Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein materielles, in unserem sozialen Netz teils abzufederndes Problem, sondern wird für viele Menschen zu einem psychischen und sozialen Problem.
2. Arbeitslosigkeit ist volkswirtschaftlich gesehen ein nicht vertretbarer Luxus, denn ohne Gegenleistung in Form von Arbeit müssen Gelder gezahlt werden. Andererseits gehen dem Staat und den Sozialversicherungen Einnahmen durch fehlende Steuern und Beiträge verloren.
3. Es gibt genügend zukunftsweisende Investitionen zu tätigen, die unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern, gleichzeitig unsere Lebensbedingungen verbessern, damit kurzfristig unsere Arbeitsplätze mehren und langfristig sichern.
z.B. - im öffentlichen Nahverkehr und im Güterfernverkehr
- zur Energieeinsparung und zum Einsatz neuer Techniken bei der Gewinnung und Nutzung von Energie
- im Umweltschutz und im Wohnungsbau
- beim Einsatz neuer Produktionstechniken

Es fehlt also wahrlich nicht an Aufgaben, die der Lösung harren, und nicht an Menschen, sie zu lösen. Lediglich Geld fehlt scheinbar, um diese Menschen heute in Arbeit zu bringen. Soviel, um sie zu unterhalten, muß sowieso da sein! Haben wir jedoch so lange Zeit, bis wir wieder ausreichend Investitionsmittel frei haben? Werden uns, die wir Arbeit haben, dann nicht unsere vielleicht arbeitslosen Kinder oder Nachbarn notfalls mit Gewalt klar machen, daß sie so nicht weiterleben wollen?

Ich meine also, ein Beschäftigungsprogramm muß her und es muß um eine Zinssenkung gekämpft werden.

Ein Prozent Steuererhöhung, mit dem ich ein Arbeitsmarktprogramm finanziere, ist mir persönlich lieber als ein Prozent Erhöhung der Arbeitslosenversicherung, mit dem ich andren Menschen die Tatsache abgelte, daß sie nicht arbeiten können. Ich persönlich halte angesichts des internationalen Vergleichs auch eine vorübergehende höhere Verschuldung zur Finanzierung von arbeitsplatzschaffenden Zukunftsinvestitionen für vertretbar.

verantwortlich: SPD Ortsverein Eichenau

1. Vorsitzender Günther Klebermaß
Fuchsbergstr. 11, Tel. 7 05 36

Hallo Nachbarn

SPD

Ortsverein Eichenau

Juni 1982

Nummer 22

Einladung
zum Sommerfest mit Musik,
Tanz und Tombola
für die Krankenpflege in Eichenau

Gasthof zur Post
Biergarten – Roggensteiner Allee 49

3. Juli 1982 ab 15 Uhr

Vorankündigung:
23.7.82, 10 Uhr, Gasthof zur Post
Fachdiskussion: Bürgerbegehren – Gemeindeentscheid
mit Helmut Geys; MdL; Sebastian Niedermeier, Bürgermeister
sowie Vertretern von Bürgerinitiativen

Ins Rennen um die Mandate bei den Wahlen zum Bayerischen Landtag und zum Oberbayerischen Bezirkstag schickt die SPD im Stimmkreis Fürstenfeldbruck-Ost erneut ihre schon bisher bewährten Vertreter:

Helmut Geys



Helmut Geys, 54, seit 25 Jahren im Brucker Stadtrat und seit 15 Jahren im Kreistag kommunalpolitisch tätig, derzeit Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, gehört dem Bayerischen Landtag bereits seit 1974 an. Von Beruf Richter am Sozialgericht, ist er in der Landespolitik vor allem für die Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen kompetent. Sein besonderes Augenmerk gilt der Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung.

Irmlind Berg



Irmlind Berg, 41, Geschäftsinhaberin, früher Gemeinderätin in Germering, ist seit 3 Jahren Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Alling und seit 1978 Mitglied des Kreistags und des Bezirkstags von Oberbayern. Dort arbeitet sie intensiv in den Ausschüssen für Sozialhilfe und Kultur mit und hat sich insbesondere Verdienste um den Ausbau der ambulanten psychiatrischen Versorgung erworben.

Seniorenzentrum in der Gemeinde Eichenau

Die Jugendarbeit in der Gemeinde Eichenau war in den letzten Jahren von vielen positiven, aber auch negativen Begleiterscheinungen geprägt. Deshalb stand diese Arbeit stärker im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Daß im Rathaus seit 1980 intensiv an der Planung eines Seniorenzentrums mit Altenwohnungen, Sozialstation und Altenbegegnungsstätte gearbeitet wird, ist dabei in den Hintergrund gedrängt worden. Basis unserer Planungsarbeit ist eine Initiative unseres Herrn Pfarrer Wohlfarter, der als Standort für die Errichtung eines Seniorenzentrums, das im Eigentum der Erzdiözese München und Freising befindliche Grundstück nördlich der Sparkasse Eichenau vorgeschlagen hat.

In zahlreichen Gesprächen ist es in der Tat gelungen, die Bereitschaft des Erzbischöflichen Ordinariats München für diese Idee und für dieses Projekt zu gewinnen. Das Katholische Siedlungswerk ist als Träger der Baumaßnahme benannt worden, während der Caritasverband für den späteren Betrieb verantwortlich zeichnen soll.

Das in Frage kommende Grundstück liegt im Plangebiet des Bebauungsplanes B 17 Ortsmitte – Bahnhof-, Schilf-, Emmeringer Straße. Es soll mit 20 Einpersonnen-Appartements à 45 qm Wohnfläche und 10 Zweipersonnen-Appartements à 50 qm Wohnfläche bebaut werden. Das Begegnungs- und Betreuungszentrum soll 150 qm umfassen.

Die Altenwohnanlage wird mit DM 4,95 Mio veranschlagt, das Begegnungszentrum mit DM 550.000,- und die Tiefgarage mit DM 500.000,-. Das gesamte Projekt beläuft sich auf 7,2 Mio DM, wenn das Grundstück der Erzdiözese München und Freising käuflich erworben wird. Es kostet 6 Mio DM unter der Voraussetzung, daß das Grundstück von der Erzdiözese im Erbbaurecht an das Katholische Siedlungswerk gegeben wird. Die Finanzierung des gesamten Projektes soll durch das Katholische Siedlungswerk, den Caritasverband, aus staatlichen Mitteln für den sozialen Wohnungsbau und aus dem Altenplan sowie durch die Gemeinde Eichenau und den Landkreis Fürstentfeldbruck finanziert werden.

In einem Gespräch mit Herrn Landrat Gottfried Grimm zeigte sich dieser dem Vorhaben der Gemeinde Eichenau gegenüber in hohem Maße aufgeschlossen. Zwischenzeitlich wurde auch festgestellt, daß im Landkreis mehr als 170 derartige Wohnungen fehlen.

Die Fraktionssprecher der Parteien im Eichenauer Gemeinderat haben sich mit den jeweiligen Fraktionssprechern des Kreistages in Verbindung gesetzt, um für diese Altenanlage in unserer Gemeinde zu werben. Die SPD-Kreistagsfraktion hat bereits einen Zuschuß des Landkreises von DM 750.000,- beantragt.

Es ist im Interesse der Senioren in unserer Gemeinde zu hoffen, daß die Altenwohnanlage mit Begegnungs- und Betreuungszentrum zügig realisiert werden kann.

Sebastian Niedermeier

Union ohne Konzept

Die Beratungen über die vom Bundestag verabschiedete Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität im Vermittlungsausschuß haben erneut gezeigt: Die Union verfügt über kein Konzept für arbeitsplatzschaffende Maßnahmen. Sie hat ihre Blockadepolitik zu Lasten des öffentlichen Wohls konsequent fortgesetzt und zu keinem der verhandelten Themen eigene Alternativen, Vorstellungen oder etwa Entwürfe vorgetragen.

Demgegenüber ist es der sozialliberalen Koalition gelungen, die wesentlichen Elemente sozialdemokratischer Politik auch gegen den Widerstand von CDU und CSU durchzusetzen. Außer der Investitionszulage, die stimulierend für die deutsche Wirtschaft und damit arbeitsplatzsichernd wirken wird, passierten Investitionshilfen für die Eisen- und Stahlindustrie, die Ausbildungsbeihilfe für arbeitslose Jugendliche und Hilfen für die deutsche

Seeschifffahrt den Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat.

Das beharrliche Nein der Union zu der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Finanzierung über eine maßvolle Erhöhung der Mehrwertsteuer bringt neue Belastungen für die Haushaltsberatungen von Bund, Ländern und Gemeinden. Dieses Verhalten der Konservativen ist ebenso grotesk wie destruktiv: Einerseits machen sie gegen jede Form der Neuverschuldung Front, andererseits lehnen sie andere Instrumente der Finanzierung ab und bleiben eigene Rezepte schuldig.

Daß die CDU/CSU auch gegen die geplante steuerliche Neubewertung von baureifen Grundstücken stimmte, beweist erneut, daß die Union Fürsprecher egoistischer Besitzinteressen ist, ohne Rücksicht auf die Städte und Gemeinden, die durch das Gesetz in den Genuß von Milliardenmitteln kämen, die sie dringend benötigen.



Verantwortlich:

SPD-Ortsverein Eichenau, 1. Vorsitzender Günther Klebermaß
Fuchsbergstraße 11, Telefon 70536

Hallo Nachbarn

SPD

Ortsverein Eichenau

September 1982

Nummer 23

DER KOMMENTAR

WIR IN BAYERN

Wir in Bayern - das steht auf den Plakaten an allen Straßenecken. Darunter das breite Grinsen des Ministerpräsidenten von Bayern. Der weiß, warum er grinst. Weil er sich zunächst wieder zum Ministerpräsidenten wählen läßt. Und auf Wanderungen mit Helmut Kohl schon den Rest besprochen hat. Daß er nämlich nicht in eine Bundesregierung nach dem Rezept Wackelpudding mit Birne will. Weil er selbst nicht an den Erfolg des Rezepts Kohl-Genscher glaubt. Weil er warten kann, bis ein besserer ihn nach Bonn ruft. Der darf dann unter ihm Kanzler spielen. Wir in Bayern - werden wir ihn vermissen?

(Fortsetzung nächste Seite)

Am 10. Oktober 1982

SPD

WÄHLEN

- Ihre Erststimme für
- Helmut Geys zum Landtag
 - Irmlind Berg zum Bezirkstag
- Ihre Zweitstimme für
- Alfred Münch, Kennziffer 220
zum Landtag
 - Fritz Jung, Kennziffer 215
zum Bezirkstag
-

Bitte unterstützen Sie unsere örtlichen Kandidaten durch diese gezielte Wahl!

Hallo Nachbarn" - Hsgeb.: SPD-Ortsverein Eichenau - Verantwortlich: Günter Klebermaß, Fuchsbergstr. 11, Telefon 70536

Wir in Bayern werden es wohl kaum merken, wenn er weggeht, nach Bonn. Denn was er hier getan hat als bayerischer Ministerpräsident, darauf können wir verzichten. Einmal Ja zur neuen Feiertagsregelung, dann wieder Nein, dann wieder Ja. Einmal Streicheleinheiten für Kultusminister Maier, dann wieder Prügel. Was hat er sonst noch getan? Landespolitik hat er eigentlich nicht gemacht. Aber viel Lärm.

Wir in Bayern wissen aber auch, daß nichts besser wird, wenn er geht. Denn die anderen bleiben ja da. Der Innenminister Tandler z.B., der bleibt bestimmt. Den will nicht einmal Helmut Kohl in seiner Bundesregierung. Weil Kohl dann nicht mehr sicher sein könnte, ob Tandler einen seiner Langemänner auf seine eigene Familie ansetzt. Auch Justizminister Hillermeier

bleibt in Bayern. Der muß noch ein paar Jahre prozessieren, bis ihm das höchste Gericht bescheinigt, welcher Mist bei der Massenverhaftung in Nürnberg gemacht worden ist. Vielleicht müssen wir aber auf Kultusminister Maier verzichten. Für den wäre in Bonn der richtige Platz für seinen Kreuzzug gegen Chancengleichheit in der Schule.

Wir in Bayern wissen, wer uns "kraftvoll in die Zukunft" führen will. Wir haben schon vorgeführt bekommen, wie man kraftvoll einen Kanal quer durch ein Naturschutzgebiet gräbt. Wie man Leute behandelt, die Angst vor Atomanlagen haben: Die werden als Deppen oder Kriminelle hingestellt. Kommunisten sind sie in jedem Fall. Wir in Bayern kennen das. Wir mögen es so. Deswegen wählen wir in Bayern CSU - Oder etwa diesmal nicht ?

"Ihr Nachbar"

WECHSEL IN BONN

Nach dem fliegenden Wechsel von Genscher zur CDU/CSU ist nach 13-jähriger Zusammenarbeit die sozial-liberale Koalition auseinandergebrochen. Sie hat gute Arbeit geleistet. Die BRD hat die vorhandenen wirtschaftlichen Probleme mit am besten gemeistert. Die neokonservativen und Lambsdorff'schen Rezepte, die uns Bürger nun erwarten, sind schon vorgetestet: In USA und England vollziehen sie sich leidvoll am Bürger.

Beispiel USA: Steuererleichterungen in Höhe von 400 Milliarden Dollar für Unternehmer und Selbständige unter drastischer Kürzung des Sozialhaushalts. Die erhofften Investitionen blieben aus. Dafür nahmen die Arbeitslosen in 11/2 Jahren Reagan-Regierung um 3 Millionen auf 11 Millionen (9,8%) zu. Im reichsten Land der Erde gibt es jetzt mehr Arbeitslose und Sozialempfänger als bei uns Arbeitnehmer. Reagan hat der USA das größte Haushaltsdefizit in Friedenszeiten beschert. Die Staatsverschuldung beträgt weit weit über 1000 Milliarden Dollar. Mit Steuererhöhungen von 100 Milliarden Dollar soll nun der größte Schaden Reagan'scher Politik behoben werden.

Beispiel England: Nach 3 Jahren Regierung Thatcher annähernd 4 Millionen Arbeitslose bei weit geringerer Arbeitslosen-

unterstützung als bei uns. Sozial Schwache werden mit rund 40% Abgaben an den Staat belastet, während besser Verdienende alles in allem nur rund 30% entrichten müssen. Millionen britische Familien leben am Rande des Existenzminimums. Eine Studie der römisch-kath. Bischofskonferenz von England und Wales stellt fest, daß die konservative Regierung Thatcher die erste seit Generationen in Großbritannien ist, die die Bemühungen um mehr soziale Gerechtigkeit in ihr Gegenteil verkehrt. Wir Deutsche sind mit Recht stolz auf das best-geknüpfte soziale Netz in der Welt, auch wenn wir uns ärgern, daß immer wieder schwarze Schafe unberechtigt davon profitieren. Jeder von uns nimmt es täglich in Anspruch. Wie viele Arme, Alte und Randgruppen ohne Lobby werden zukünftig durch die Löcher des sozialen Netzes fallen, die die Lambsdorff'sche Wirtschaftspolitik reißen wird? Werden soziale Unruhen ein Ergebnis der zu erwartenden Politik sein? Fragen, die derzeit niemand sicher beantworten kann, die aber Anlaß zum Nachdenken darüber sein sollten, ob es den meisten von uns so schlecht gegangen ist, daß konservative Experimente nun auf den Rücken der Arbeitnehmer und sozial Schwachen ausgetragen werden müssen.

ZUR PERSON

Alfred M ü n c h, 34 Jahre, Maschinenbauingenieur, verheiratet und Vater von zwei Kindern, wurde im Wahlkreis Landsberg/FFB-West als Landtagskandidat der SPD nominiert.

Als Kreisrat in Fürstenfeldbruck und Fraktionsvorsitzender im Olchinger Gemeinderat verfügt Münch über große Erfahrung in der Kommunalpolitik.

Daß er auch gegen eine sich allmächtig gebärdende CSU ein deutliches Wort zu sagen wagt, schätzen die Bürger besonders an ihm.

Alfred S e i d l, 71 Jahre, CSU, selbst in der eigenen Partei heftig umstrittener Landtagskandidat, hat in seiner Zeit als bayerischer Innenminister Kenntnis von den Umtrieben des Verfassungsschützers Langemann gehabt und er hat diese Umtriebe gebilligt.

Zu diesem Ergebnis kommt der Landtagsuntersuchungsausschuß in dem Minderheitenbericht der SPD/FDP-Fraktionen.

ENDE EINER ÄRA

Am 17.9. zogen die SPD und die FDP den Schlußstrich unter eine 13-jährige Zusammenarbeit- Viel Gutes wurde gemeinsam in dieser Zeit für unser Land geschaffen. Aber in der letzten Zeit wurde die Linie der FDP immer mehr zur Belastung für einen Teil ihrer Anhänger und für die Sozialdemokraten.

Wir müssen akzeptieren, daß die FDP fortan sich auf die konservative Seite schlagen will.

Nicht zustimmen können wir

aber der Art und Weise, wie Genscher und seinesgleichen versuchen, ohne Einschaltung des Wählers einer CDU/CSU/FDP-Koalition auf die Beine zu helfen, deren Programm den Aussagen der FDP von 80 widerspricht. Dieser Weg, den die FDP-Führung gehen will, widerstrebt vielen ihrer Anhänger.

All jene, die an einer Fortsetzung der Politik des letzten Jahrzehnts interessiert sind, rufen wir auf: Kommen Sie zu uns - Unterstützen Sie uns.



Ortsverein Eichenau

November/Dezember 1982

Nr. 24

DER KOMMENTAR

Sag mir, wo die Raketen stehen

CDU-Verteidigungsminister Wörner plant die Nachrüstung und überlegt beizeiten, wo die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in diesem unserem Lande aufgestellt werden sollen. Aber welche Standorte er im Auge hat, will er nicht sagen. Und in der Tat mag es für die Menschen in Deutschland gleichgültig sein, wo die Raketenstellungen verteilt sind, wenn es in Mitteleuropa zur atomaren Kriegskatastrophe

kommt; Schlagabtausch nennen es die Militärs verniedlichend. Sicher ist dann nur noch die Vernichtung jeglichen Lebens.

Wozu dann die Geheimniskrämerei des Herrn Wörner? Der Irreführung des Gegners wegen?

Allzusehr werden die östlichen Geheimdieste nicht verwirrt sein; sie werden die Standorte schon ausfindig machen.

Ganz andere sollen hinter's Licht geführt werden - wir, die Bevölkerung nämlich.

Kommentar: Fortsetz. v. S. 1

Wörners Motto: "Was sie (die Menschen in Deutschland) nicht wissen, schreckt sie nicht auf."

Wir, die Bürger im Landkreis Fürstentfeldbruck können dennoch (getrost?) davon ausgehen, daß der hier befindliche Luftwaffenstützpunkt auch als Raketenstellung ausbaufähig ist.

Dies sollte aber Anlaß sein, gerade jetzt und hier die Notwendigkeit der Nachrüstung zu diskutieren. Sehr viele Menschen fühlen sich durch immer noch mehr Waffen nicht sicherer; sie sehen die Lunte an Pulverfaß gelegt. Darum darf Rüstungspolitik nie Geheimpolitik sein. Der vielbeschworene mündige Bürger soll befragt werden, ob er den geplanten "Ritt auf dem Vulkan" mitmachen will.

"Ihr Nachbar"

Die Eichen-Aue erneut im Brennpunkt

Vor fünf Jahren - es war gerade Wahlkampfzeit - hatten sich alle Eichenauer Parteien und Wählergruppen für die Nutzung der gesamten Eichen-Aue als Volkspark ausgesprochen. Ein entsprechender Pachtvertrag mit dem Besitzer des Geländes - der Baugenossenschaft Eichenau und Umgebung e.G. (BG) - wurde deshalb bald zwischen Gemeinde und BG geschlossen. Die BG änderte jedoch aufgrund wachsenden Baulandbedarfs bald ihre Meinung und beantragte im Herbst 78 die Aufhebung des Vertrages und die Ausweisung von Bauland für 19 Wohnhäuser.

Die Mehrheit des Gemeinderates befürwortete diesen Antrag und beharrte lange Zeit darauf. Die SPD trat diesen Plänen entgegen und setzte sich zusammen mit der Bürgerinitiative für die Nichtbebauung und Erhaltung der Eichen-Aue ein.

Nach langem Tauziehen konnte 81 endlich ein Kompromiß gefunden werden. Die Bebauung sollte am nordwestlichen Teil des Geländes konzentriert werden, der Rest der Fläche in Gemeindehand übergehen. Die fristgerechte Beseitigung der Tennisanlage blieb Bestandteil der Vereinbarung. Die SPD konnte diesem Kompromiß zustimmen, weil einerseits der

größte Teil der Eichen-Aue immer noch als Volkspark genutzt werden kann und andererseits ein wichtiger Punkt aus dem SPD-Programm verwirklicht werden kann, die Errichtung von Sozialwohnungen.

Was sind nun Sozialwohnungen?

Sie werden von einem gemeinnützigen Träger, der Baugenossenschaft errichtet. Damit keine allzu hohen Mieten verlangt werden müssen, beteiligt sich der Staat pro Wohnung mit einem zinslosen Darlehen von ca. 80 000 DM und in den folgenden 12 Jahren mit einem Tilgungszuschuß von durchschnittlich DM 80,-- monatlich. Dafür darf die Miete für eine 80 m² Wohnung ca. DM 500,-- nicht überschreiten. Mieter in solchen Wohnungen dürfen nur Familien werden, deren Einkommen jährlich DM 45 000,--, das ist bei üblicher Lohnzahlung monatlich ca. DM 3500,-- brutto, nicht überschreitet. Dies sind jedoch nur die oberen Einkommensgrenzen; das Landratsamt schlägt für die Sozialwohnungen Familien vor, bei denen der Bedarf am dringlichsten gegeben ist.

Für das Gebiet der Eichen-Aue ist beschlossen worden, einen Bebauungsplan aufzustellen. Bis dieser Plan rechtskräftig

ist, wird noch einige Zeit verstreichen. Damit die dringend erforderlichen Sozialwohnungen jedoch schon früher bereitgestellt werden können, hat die Gemeinde am 1. 10. 82 einen Antrag der BG auf Errichtung eines 6-Familienhauses befürwortet. Die Genehmigung des Landratsamtes hierfür ist jedoch nur zu bekommen, wenn sichergestellt ist, daß der Bebauungsplan wie vorgesehen, auch rechtskräftig erstellt wird.

In diese rechtlich kritische Phase - Baugenehmigung ohne Bebauungsplan - fällt nun ein Antrag der CSU, die Tennisanlage in der Eichen-Aue für eine Zeit weiter zu belassen. Dieses Vorhaben stellt einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor für das Bebauungsplanverfahren dar. Mit diesem Antrag der CSU wurde das Ziel, Sozialwohnungen in der Eichen-Aue zu erstellen, erheblich gefährdet.

Die SPD hat dargestellt, daß sie bei Interessenabwägung, die Errichtung der Sozialwohnungen als vorrangiges Ziel hält.

Als Ersatz für die Tennisanlage können die, im Sport- und Freizeitgebiet geplanten, weiteren 4 Tennisplätze angesehen werden. Darüberhinaus wurde das

Vorhaben unterstützt, die Tennisanlage von der Eichen-Aue in die Nähe der Kleingartenanlage zu verlegen.

Nun ist eine nicht selbst verschuldete, ungünstige Situation für die Tennisspieler entstanden, weil erst im August 82 bekannt wurde, daß die Tennisanlage neben den Kleingärten nicht errichtet werden kann, da es sich bei diesem Gebiet um eine engere Schutzzone für Trinkwasser handelt.

Aus diesen Gründen hat die SPD nach sorgfältiger Abwägung sich dafür ausgesprochen, die Tennisanlage für noch eine Saison zu dulden, um den Tennisspielern einen reibungslosen Übergang zu anderen Anlagen zu ermöglichen.

Vorausgesetzt wurde hierbei, daß es trotzdem möglich ist, die Sozialwohnungen zügig zu erstellen und die Eichen-Aue bald ihrer geplanten Nutzung als Volkspark zuzuführen.

Unser Appell richtet sich deshalb an alle Beteiligten, diesem Verfahren zuzustimmen und damit den Interessen aller bestmöglichst gerecht zu werden.

Günther Klebermaß

"Hallo Nachbarn" -
Hsbg.: SPD-Ortsverein Eichenau
Verantw.: Günter Klebermaß,
Fuchsbergerstr. 11, Tel. 70536



(Zeichnung: Marie Maroks)